



# Links.Blick

1. Ausgabe / März 2018

DIE LINKE Zeitung aus Cottbus

## Start einer neuen Zeitung

Informationen sind ein Rohstoff. Vielleicht der wichtigste überhaupt. Aus ihm werden Entscheidungen geboren – ob in der Politik oder im Alltag. Menschen müssen informiert sein, damit sie entscheiden können. Schon allzu

manchmal auch angenehm, bestätigt es doch meine Auffassungen allzu leicht. Aber ist das eine zuverlässige Informationsquelle? Kann es einen offenen Diskurs, das Aufeinanderprallen von Auffassungen ersetzen?

Sie damit anregen, sich mit dem, was in unserer Stadt, in unserem Land läuft, aktiv auseinander zu setzen. Hierzu soll unsere neue Zeitung dienen.

Dieses Medium ist der Nachfolger unserer bisherigen Mitgliederzeitung „Herzblatt“, welche im Jahr 1992 erstmals erschien. Nach zweieinhalb Jahrzehnten ist es an der Zeit, unseren Beitrag zur regionalen Medienlandschaft zu überarbeiten. Das Ergebnis halten Sie heute in der Hand.

Im kommenden Jahr finden sowohl Kommunal-, Europa- als auch Landtagswahlen statt. 2019 legen Sie mit Ihrer Wahlentscheidung den Grundstein für die Politik in unserer Stadt und unserer Region für das kommende Jahrzehnt. Informieren Sie sich, streiten Sie mit uns, bilden Sie sich Ihre Meinung.

*Eberhard Richter*  
Vorsitzender DIE LINKE. Cottbus

*André Kaun*  
Fraktionsvorsitzender SVV Cottbus



oft sind Fehlentscheidungen dadurch entstanden, dass sie auf falschen oder unzureichenden Informationen beruhten.

In Verbindung mit den neuen Medien wie Facebook, Twitter & Co. wird über „Filterblasen“ und „Echoräume“ gesprochen. Dabei handelt es sich um geschlossene Informationsräume, die das verstärken, was ich gerne hören möchte. Sicher, das ist bequem und

höre, was mir gefällt? Es reicht nicht, nur zu sagen was nervt, was nicht gut ist, was Unwillen hervorruft. Protest ist wichtig. Aber Protest ohne Vorschläge zur Verbesserung ist nur Gemecker, ist Nahrung für Demagogen.

DIE LINKE in Cottbus möchte mit Ihnen, den Einwohnerinnen und Einwohnern von Cottbus, ins Gespräch kommen. Wir wollen Ihnen Informationen aus unserer Sicht anbieten. Wir wollen

Wir sagen: Nein! Entwicklung braucht Widerspruch, braucht verschiedene Blickwinkel, braucht Meinungsstreit. Wie aber will ich streiten, wenn ich nur

### Dietmar Bartsch - Sozial geht nur mit links:

Der Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Bundestag über die schleifende Regierungsbildung und die wichtigen sozialen Herausforderungen, welche jetzt angepackt werden müssten.

Seite 3

### Kommunalpolitik Cottbus:

Warum sich DIE LINKE für mehr Kooperation in der Region einsetzt und welche Initiativen sie dazu vorschlägt. Wie die Linksfraktion „dicke Bretter bohrt“ um Probleme zu lösen.

Seite 5

### Gesundheitliche (Unter-)Versorgung:

Gespräch mit Ralf Franke (ver.di) zum Pflegenotstand und den aktuellen Tarifkonflikten im Gesundheitsbereich. Wie können die Arbeitsbedingungen in der Pflege verbessert werden?

Seite 7

# „Links.Blick“ startet als neue Bürgerzeitung

## In eigener Sache:

**Warum melden wir uns mit so einem „altmodischen“ Medium wie der Zeitung zu Wort?**

1. Zugänglichkeit: Alle sogenannten neuen Medien haben eine Gemeinsamkeit. Sie sind ausschließlich online verfügbar und bedürfen in der Regel einer Anmeldung mit ihren persönlichen Daten. Viele Menschen verweigern sich dem bewusst und nehmen deshalb auch am Austausch auf solchen Plattformen nicht teil. Um den „Links.Blick“ zu erhalten brauchen Sie nur eins: Einen Briefkasten.

2. Transparenz: Immer häufiger begegnen uns im Alltag Informationen, die

nach einer seriösen Nachricht aussehen, deren Absender aber unbekannt ist. Manchmal verstecken sich hinter bewussten Fehlinformationen auch politische Absichten. Bei uns wissen Sie, wer diese Zeitung herausgibt. Die Entscheidung, wie Sie die Nachrichten aus unserer Zeitung bewerten und für sich einordnen liegt bei Ihnen.

3. Regionalität: Die globale Informationswelt kann einen manchmal „erschlagen“. Nachrichten aus allen Ecken der Welt strömen in Sekundenschnelle auf einen ein. Von uns erhalten Sie Informationen, die konkret unsere Stadt Cottbus und die Region betreffen. In einem zweimonatigen Rhythmus und fundiert.

Wenn Ihnen dieses Angebot gefällt und Sie sichergehen wollen, dass Sie keine Ausgabe des „Links.Blick“ verpassen, freuen wir uns über Ihr Interesse. Für einen Unkostenbeitrag von 24,00 EUR jährlich senden wir Ihnen unsere Zeitung gern nach Hause. Informationen hierzu finden Sie auf Seite 8.

Wir wollen auch mit Ihnen ins Gespräch kommen, denn Ihre Meinung ist uns wichtig. Schreiben Sie uns eine E-Mail oder einen Brief. Auch veröffentlichten wir gern interessante Lesermeinungen in unserer nächsten Ausgabe.

Abschließend wünschen wir Ihnen viel Spaß und interessante Anregungen mit dem ersten Exemplar des „Links.Blick“

# Instrumentalisierter Mangel

**Ein Kommentar von Stefan Fischer (Dipl.-Physiotherapeut)**

Mit Blick in den Entwurf für den neuen Koalitionsvertrag auf Bundesebene fällt auf, dass der Gesundheits- und Pflegeherausforderung in Deutschland lediglich 8 der 177 Seiten gewidmet werden. Das sind 4,5% des gesamten Koalitionsvertrages- das ist weder sozial, noch christlich, noch demokratisch und verdeutlicht einmal mehr, wie wenig Aufmerksamkeit die zukünftige Bundesregierung der gesundheitlichen Versorgung unserer Bürgerinnen und Bürgern schenken wird.

38 Jahre nach einschlägigen Diskussionen des Deutschen Bundestages unter CDU/SPD belegen statistische Daten, dass wir einen tatsächlich existierenden Mangel an Ärzten, Pflegern und Therapeuten bevorstehen. Allein in Berlin/Brandenburg werden bis 2030, 22.000-30.000 PhysiotherapeutInnen fehlen, 1,4 Millionen Beschäftigte des Gesundheitswesens (38%) werden in den nächsten 18 Jahren aus dem Dienst ausscheiden.

8000 neue Pflegestellen sollen, so steht es im Koalitionsvertrag geschrieben, in einem Sofortprogramm geschaffen werden. Ein Tropfen auf den heißen

Stein, denn der Personal- und Stellenmangel bedingt schon das System. Warum?

Grund 1 Ausbildung: Zu wenig Studienplätze in der Medizin.

Grund 2 Machtzentrale weißer Kittel: Stetige Kompetenzzentralisierung belasten Mediziner. Ehemals pflegerische Aufgaben wie Kanülen setzen dürfen nur noch Ärzte, für einfache Erst- und Folgeverordnungen müssen Haus- oder Fachärzte aufgesucht werden.

Grund 3 Ökonomisches Prinzip: Teure stationäre Krankenhausaufenthalte werden zunehmend ambulantisiert. Die Nachsorge trägt der Haus- oder Facharzt und nicht die Pflege auf den Stationen, Verpflegungs- und Fahrtkosten werden auf Versicherte abgewälzt, Medikamente oder Verbandsmaterial müssen nicht selten selbst

besorgt werden.

Grund 4 Versorgung am Bedarf vorbei: Trotz der Berücksichtigung mehrere Einflussfaktoren verkennen Kassenärztliche Vereinigungen, Krankenkassenvertreter, Landes- und Patientenvertreter, dass eine freie Arztwahl kaum noch möglich ist und lange Wartezeiten in Kauf genommen werden müssen. Lange Fahrtstrecken sind auf der ländlichen Gesundheitsversorgung in Kauf zu nehmen und auch eine dynamische Stadtveränderung findet in starren Statistiken kaum Ausdruck.

*Eine umfangreiche Ausarbeitung findet sich auf [www.dielinke-lausitz.de](http://www.dielinke-lausitz.de)*



# Sozial geht nur mit links

Das Ergebnis der Bundestagswahl im Herbst des vergangenen Jahres bleibt ein politisch zweischneidiges. Einerseits ist die Koalition aus Union und SPD mit einem gemeinsamen Stimmverlust von ca. 14% deutlich abgestraft worden.

Das ist die logische Folge, wenn man jahrelang eine Politik gegen die mehrheitlichen Interessen der Bevölkerung macht. Andererseits ist mit der AfD eine nationalistische, teils rassistische und in Teilen antisemitische Partei in den Bundestag gewählt worden. Das wiederum sollte Anlass zur Sorge geben, erleben wir hier doch einen Kulturkampf von rechts, der nun auch im Bundestag seine Fortsetzung findet.

Stolz macht mich das Ergebnis der LINKEN. Wir haben das zweitbeste Ergebnis einer Partei links der Sozialdemokratie in der Geschichte der Bundesrepublik erreicht. Für Zufriedenheit gibt es jedoch keinen Grund. Im Gegenteil. Frau Merkel versucht seit dem Herbst, mit wechselnden Parteien eine Bundesregierung zu bilden. Mit den Grünen und der FDP ist ihr das krachend misslungen. Ob und wie das nun mit der SPD gelingt, bleibt abzuwarten. Die Ergebnisse der Koalitionsgespräche zwischen Union und SPD geben keinen Anlass, auf eine bessere Politik für die Menschen zu hoffen. Im Koalitionsvertrag von Schwarz-Rot steht, man habe sich „mutige Ziele“ gesetzt. Ich kann diese Einschätzung nicht teilen.

Ich möchte das an einigen Beispielen veranschaulichen und eines vorweg schicken: Ein entscheidender Unterschied zwischen der LINKEN und allen anderen Bundestagsparteien ist, dass wir die Verteilungsfrage neu stellen, den Ausgleich zwischen Oben und Unten, Alt und Jung, Ost

und West gerecht organisieren wollen. Im Bereich der Steuerpolitik bleibt nach dem Willen von Schwarz-Rot alles beim alten. Das heißt, die Reichen in diesem Land können sich auch weiterhin aus der Finanzierung des Gemeinwesens weitgehend heraushalten und gleichzeitig werden die Armen immer zahlreicher. Man muss sich vor Augen halten, dass 45 Deutsche so viel Vermögen besitzen, wie die gesamte untere Hälfte der Bevölkerung. Und was folgt für



Schwarz-Rot daraus? Der Spitzensteuersatz wird nicht angehoben, über eine Vermögenssteuer wird nicht einmal diskutiert. Dafür wird der Niedriglohnsektor weiter ausgebaut. Das hat direkte Folgen.

In Deutschland wächst mittlerweile etwa jedes fünfte Kind in Armut auf. Kinder von Alleinerziehenden sind davon besonders betroffen. Auch Altersarmut nimmt in erschreckendem Maße zu. Ein unfassbarer Zustand in einem der reichsten Länder der Erde. Bei den Koalitionsverhandlungen spielte das Thema nicht die Rolle, das es hätte spielen sollen. Es gibt nach wie vor keinen konkreten Plan zur

Bekämpfung von Kinder- und Altersarmut. Gerade hier müssten schnell und unbürokratisch die größten Anstrengungen unternommen werden. Es ist höchste Zeit, dass wieder gilt: Unseren Kindern soll es einmal besser gehen. Deshalb muss alles dafür getan werden, dass kein Kind in Armut aufwachsen muss.

Die Bundesregierung gibt das Geld offensichtlich lieber für andere Dinge aus, etwa für die weitere Aufrüstung der Bundeswehr. Stattdessen sollten die Mittel sinnvoll eingesetzt werden. Zum Beispiel für die gesetzliche Rente, die armutsfest und lebensstandardsichernd ist. Hier droht neue Armut. Ein weiteres Beispiel: Aktuell wären 126 Milliarden Euro nötig, um den Investitionsstau bei der kommunalen Infrastruktur zu beheben. Union und SPD müssen dringend ein Investitionspaket schnüren. Hier wäre das Geld richtig aufgehoben.

Zumal ein weiteres Problem droht. SPD und Union haben sich bei den Verhandlungen darauf verständigt, den Solidaritätszuschlag schrittweise abzuschaffen. Der Solidaripakt läuft aus. Es gibt aus den Koalitionsverhandlungen auch keine Aussagen zur Angleichung der Löhne in Ost und West, keine Vereinbarungen zur Rentenüberleitung, geschweige denn eine Gesamtstrategie zur Angleichung der unterschiedlichen Lebensverhältnisse. Ich erwarte von der zukünftigen Bundesregierung, dass das endlich zur Chefsache gemacht wird. DIE LINKE wird dazu auf der Straße wie in den Parlamenten weiterhin den Finger in die Wunde legen und konkrete Ideen anbieten. Rechnen Sie mit uns.

*Dietmar Bartsch  
Fraktionsvorsitzender*

# Berufliche Perspektiven in der Politik

LINKE auch 2018 auf der Bildungsmesse IMPULS in Cottbus vertreten

Die IMPULS-Messe ist Brandenburgs größte Job- und Ausbildungsmesse, vor allem für Jugendliche. Hier informieren sich Schüler, Auszubildende und Studenten über die vielfältigen Angebote in Berlin, Brandenburg, und Sachsen, einen Job für's Leben zu finden.

Zum 15. Jubiläum waren auch DIE LINKE. Lausitz und die Linksjugend Lausitz wieder am Start. Was hat eine Partei auf einer Ausbildungsmesse zu suchen?! „Die machen hier doch nur Wahlkampf!“ würden da einige sagen. Aber: Die politische Arbeit in Bund, Ländern und Kommunen erfordert viele Hände. Wir bieten da-



her ständig Praktikumsplätze in den unterschiedlichsten Bereichen von Bürotätigkeiten im Landtag oder bei unseren Bundestagsabgeordneten bis

hin zu Veranstaltungsmanagement in Wahlkampfzeiten.

Dadurch wirkt DIE LINKE vor allem als Netzwerk für die jungen Menschen hier vor Ort. So ein Praktikumsplatz kann deshalb nicht nur Orientierungshilfen geben, sondern

auch dazu beitragen einen potenziellen Arbeitgeber zu finden. Neben einer möglichen beruflichen Tätigkeit lohnt in jedem Fall das gemeinsame Engagement für gute Arbeitsbedingungen, faire Bezahlung und eine Absicherung im Alter. Alles Themen, die auch für Berufseinsteiger wichtig sind. Außerdem bietet ein Praktikum bei der LINKEN durchaus auch Jobperspektiven und Ausbildungsmöglichkeiten.

Die Linksjugend Lausitz hat dabei für den nötigen Schwung, die gute Verpflegung und Bespaßung unserer Besucher gesorgt. Mit Popcorn-Maschine und Kamera für unser Foto-Gewinnspiel haben wir natürlich kleine Giveaways für alle Interessierten bereitgestellt. Bei über 7000 Besuchern ist da auch einiges zu tun.

*Florian Szonn*

## Eine gute Tradition

Alljährlich gibt es Anfang des Jahres auch in Cottbus ein ehrendes Gedenken für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Beide wurden am 15. Januar 1919 von einer reaktionären selbsternannten Bürgerwehr ermordet. Liebknecht hatte im November 1918 die sozialistische Republik ausgerufen. Beide waren gegen Krieg und Militarismus aktiv und wurden deshalb auch zu Zuchthausstrafen verurteilt.

Krieg und Frieden ist deshalb auch das Thema zu diesem Gedenken. In einer kurzen Ansprache verwies der Redner auf heutige Kriegseinsätze deutscher Soldaten und ihre Stationierung im Rahmen der NATO an der russischen Grenze. Er sagte: „Ich muss Putin nicht mögen. Er ist wahrlich kein Friedensengel oder Demo-

krat. Aber ein Konflikt zwischen Nato und Russland wäre wohl für alle tödlich.“



Die Teilnehmer am Gedenken legten Blumen nieder. Danach gingen sie gemeinsam zur Stadthalle. Eine Rundfahrt mit der Traditionsstraßenbahn gab Raum für Gespräche und Gedankenaustausch.

*Eberhard Richter*

## Kinderbetreuung

Durch Lücken im Bundesrecht gibt es für Kinder mit Behinderungen, die älter als zwölf Jahre sind, keine Möglichkeit der Hortbetreuung. Diese Kinder können aber ohne Betreuung nicht über den Tag kommen. Noch schwieriger wird es für berufstätige Eltern oder Alleinerziehende in den Ferienzeiten. Da reicht der gesamte Urlaub nicht aus, um die Ferientage abzusichern. Betroffene Eltern haben sich an die Fraktionen in der Stadtverordnetenversammlung gewandt.

DIE LINKE hat daraus einen Prüfungsauftrag an die Verwaltung durchgesetzt. Erste Ergebnisse liegen vor. Die Verwaltung ist durch den Sozialausschuss gebeten, sich mit dem Spree-Neiße-Kreis in Verbindung zu setzen, um eine gemeinsame Lösung zu suchen. DIE LINKE bleibt dran.

# Fraktion DIE LINKE wählt neuen Vorstand und startet konstruktiv ins Parlamentsjahr 2018

**Die Linksfraktion in der Stadtverordnetenversammlung Cottbus hat turnusgemäß ihren Fraktionsvorstand neu gewählt.**

Die anwesenden Fraktionsmitglieder sprachen dem Vorsitzenden André Kaun einstimmig erneut ihr Vertrauen aus. Als seine Stellvertreter wurden die Schellwitzerin Karin Kühl und der Stadtverord-



nete für die Spremberger Vorstadt, Eberhard Richter gewählt. Der neue Vorstand wird die Fraktion bis zum Ende der Legislaturperiode und der Kommunalwahl im Mai 2019 leiten.

Neben der Vorbereitung der anstehenden Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 31. Januar 2018 vereinbarten die LINKEN Stadtverordneten ihre politischen Schwer-

punkte für das letzte Jahr vor der Neuwahl.

„Nachdem die Stadtverwaltung in den vergangenen zwei Jahren sich

voll und ganz auf die Verhinderung der Verwaltungsstrukturreform konzentriert hat, müssen wir feststellen, dass viele wichtige Themen liegen gelassen wurden“, so André Kaun. „Ein Beispiel ist der Tourismus. Er wird zu Recht als wichtiges Standbein für eine nachhaltige positive wirtschaftliche Entwicklung angesehen. Die Erarbeitung eines Tourismuskonzepts

ist überfällig“, so Kaun weiter.

DIE LINKE hat für die nächste Stadtverordnetenversammlung hierzu eine Anfrage eingereicht. Als weitere Schwerpunkte werden u. a. genannt:

- Verstärkung der Integrationsbemühungen durch Stadt, Land und Bund sowie Abbau der aktuellen gesellschaftlichen Spannungen in Cottbus
- Erneuerung des Fuhrparks der Straßenbahn, um dieses wichtige Verkehrsmittel langfristig sichern zu können
- Verbesserung der angespannten Situation in den KITAS – gemeinsam mit dem Land müssen mehr Plätze geschaffen werden

„Und wenn wir schon unerledigte Aufgaben aufzählen“, so André Kaun, „müssen wir auch über die Brachfläche in der Stadtpromenade sprechen. Dieser Zustand ist absolut unzumutbar. Noch in dieser Legislaturperiode muss hier eine Lösung gefunden werden.“

*Christopher Neumann*

## Konstruktive Vorschläge: Fehlanzeige

**Nach der abgesagten Kommunalreform bleibt die Stadt Vorschläge zur Verbesserung der kommunalen Zusammenarbeit schuldig**

Potsdam am 1. November 2017: Die Landesregierung sagt die geplante Verwaltungsstrukturreform ab. Mit dieser sollten mehrere Landkreise und kreisfreie Städte in Brandenburg zusammengelegt und Verwaltungen effizienter gemacht werden. Nach erheblichem Widerstand von Seiten der betroffenen Kommunen wurde das Vorhaben nun aufgegeben.

So lag auch das Hauptaugenmerk der Arbeit des Cottbuser Oberbürgermeisters, Holger Kelch (CDU) in den vergangenen Monaten darauf, sich fort-

während gegen diese Veränderung auszusprechen. Ein tragendes war hierbei, dass die Synergien zwischen Cottbus und dem umliegenden Spree-Neiße-Kreis auf dem Weg der freiwilligen Zusammenarbeit besser genutzt werden könnten. Demzufolge ist zu erwarten, dass konkrete Vorschläge für eine solche vertiefte Zusammenarbeit präsentiert werden. Doch vielmehr werden diese Erwartungen enttäuscht.

Bereits in der November-Stadtverordnetenversammlung begann Kelch, Absagen an Kooperationen mit dem Spree-Neiße-Kreis zu erteilen. Vom Vorschlag einer gemeinsamen Abfallwirtschaft mit dem Landkreis hält der

Oberbürgermeister nichts und verwies darauf, dass sich „die Gebühren [...] erheblich erhöhen könnten“. Eine gewagte These ohne konkrete Prüfung.

In seiner Rede zum Neujahrsempfang der Stadt Cottbus am 10. Januar führte Kelch an: „Auch die Schulentwicklungsplanung lässt sich in bewährter Weise gemeinsam gestalten.“ In Anbetracht der Tatsache, dass es derzeit keine Zusammenarbeit zwischen Cottbus und Spree-Neiße auf diesem Gebiet gibt, muss man zweifeln, ob die Stadtspitze wirklich Interesse an einer konstruktiven Zusammenarbeit mit dem Landkreis interessiert ist.

*André Kaun*

# „QualityLand“ - Buchvorstellung

**Marc-Uwe Kling wurde mit seinen Geschichten über ein kommunistisches Känguru weltberühmt. Geschichten, die gleichermaßen witzig und aufrührerisch waren und Kritik an der Gesellschaft nahmen. Nun gibt es einen neuen Roman von ihm: „QualityLand“.**

In QualityLand sind alle Menschen durch Technologie miteinander verbunden. Online-Shops wissen dank ihrer Algorithmen, wer wann welches Produkt bestellen wird. Super praktisch, denn man muss sich so nicht mehr die Mühe machen, selbst Dinge einzukaufen. Alles wird mit einer Drohne direkt an die Haustür geliefert. Auch die Liebe wird überwacht. Paare beenden ihre Beziehungen, wenn Online-Portale ihnen an-

dere Partner anbieten, die demnach besser zu ihnen passen. Auch wird jeder Mensch in ein Level eingestuft und die gesellschaftliche Stellung hängt vor allem davon ab, welches man eben erreicht hat.

Der Roman warnt vor den Gefahren einer immer digitaler werdenden Welt. Politische Parteien spielen in QualityLand allenfalls eine untergeordnete Rolle. Die wirkliche Macht liegt bei einigen wenigen großen Firmen, die sich durch das Internet eine riesige Menge an Daten der Menschen besorgen.

Leider begegnet einem beim Lesen des Romans nichts, was vollkommen unvorstellbar wirkt. Es wird durch starke Satire aufgezeigt, was in un-

serer Gesellschaft misslingt und was noch misslingen kann.

Letztendlich aber ist „QualityLand“ weder lustige Satire noch ein dunkles Schreckensszenario. Das Buch zeigt dem Leser die verschiedenen Blickpunkte einer Welt auf, in der die Bevölkerung aufgehört hat, mitzudenken. Durch fehlenden Durchblick entsteht eine Gesellschaft gleichgültiger und egoistischer Menschen, die sich glücklich ausbeuten lassen.

Es bleibt das Fazit Marc-Uwe Klings, dass Entscheidungen über unser Leben weder Computern noch Fremdenfeindlichkeit überlassen werden dürfen.

Madeleine Tausch

## Sudoku

Im Rahmen unseres Gewinnspiels können Sie einfach die Lösungen für die Kästchen A, B und C bis zum 31. März 2018 an info@dielinke-lausitz.de senden. Unter allen richtigen Antworten verlosen wir u. a. Jahres-Abonnements für den „Links.Blick“ im Wert von 24,00 Euro sowie andere Preise.

7		1	A					
	3		4				B	
		4		5		1		2
1		5		3		6		8
	4			9	2	3		
			1		6	4	9	5
C	7		8		1	2	5	
6		8						1
2			9		5			4

## Ausstellung von Brigitte Duhra

Auch in diesem Jahr führt DIE LINKE einen FrühLINKSempfang durch. Hierzu laden wir Vereine und Verbände ein, die bei solchen gesellschaftlichen Anlässen



häufig zu vergessen werden. Dabei eröffnen wir auch die neue Ausstellung in unseren Räumlichkeiten. Die Werke der Malerin Brigitte Duhra können alle Interessierten vom 19. März bis zum Sommer in unserer Geschäftsstelle in der Straße der Jugend 114 besichtigen.

# Pflegenotstand muss dringend angepackt werden!

Ein Gespräch mit Ralf Franke, Gewerkschaftssekretär bei ver.di für den Bereich Gesundheit. Mit ihm sprach Christopher Neumann.

**Im Bundestagswahlkampf ist häufig vom sogenannten Pflegenotstand die Rede gewesen. Was sind die Forderungen von ver.di im Zusammenhang mit den Tarifverhandlungen, um die Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiter zu verbessern.**

Wir haben da zwei Schienen. In der Altenpflege gibt es auf Länderebene einen Personalschlüssel, der auch eingehalten werden muss und von der Heimaufsicht überprüft wird. Der müsste verbessert werden. Im Krankenhausbereich gibt es keine gesetzlichen, verbindlichen Regelungen. Dort entscheidet der Krankenhausbetreiber selbst, wie viel Personal er auf den Stationen, bezogen auf die Anzahl der Patienten einsetzt.



Jährlich steigen die Fallzahlen in den Krankenhäusern, aber nicht das Personal. Das heißt, die Mitarbeiter müssen seit Jahren mehr Leistungen erbringen, ohne dass mehr Personal beschäftigt wird. Das führt zu einer hohen Belastung bei den Beschäftigten, die zu gesundheitlichen Schäden führen kann. Und es macht den Beruf unattraktiv. Das führt wiederum dazu, dass wir zu wenige Pflegekräfte haben und zu wenig junge Menschen, die diesen Beruf ergreifen wollen.

**Sie sagten, es sind einige Betriebe, mit denen zum ersten Mal ein Tarifvertrag abgeschlossen werden soll. Wenn ver.di erfolgreich ist, wäre das doch ein Signal, dass es sich lohnt, sich gewerkschaftlich**

**zu organisieren, oder?**

Seit 2014 haben wir in Südbrandenburg mit acht Betreibern, das betrifft mindestens 16 Pflegeheime, Tarifverträge abgeschlossen und konnten erhebliche Einkommensverbesserungen durchsetzen. Das war nur möglich, weil sich die Beschäftigten in diesen Pflegeeinrichtungen gewerkschaftlich organisiert haben. Dann waren die jeweiligen Arbeitgeber auch bereit, sich mit uns an den

Verhandlungstisch zu setzen. Aber die Mehrheit der Pflegeeinrichtungen hat noch keinen Tarifvertrag. Es liegt auch an den Beschäftigten selbst. Erst wenn sich die Mitarbeiter gewerkschaftlich organisieren, können wir gegenüber den Arbeitgebern Tarifverträge durchsetzen.

**Sie haben den Krankenhausbereich angesprochen. Da gab es zum Ende des vergangenen Jahres viel Diskussion um die Personalausgliederung aus dem Carl-Thiem-Klinikum in eine eigene Tochtergesellschaft. Wie schätzen Sie die Situation heute ein?**

Wir positionieren uns nach wie vor gegen die Ausgliederung von Dienst-

leistungsbereichen. Die Ausgliederung spaltet die Belegschaft, die zum Wohle der Patienten im CTK miteinander arbeitet. Zukünftig sollen neu eingestellte Mitarbeiter im Tochterunternehmen gegenüber den Mitarbeitern im Stammunternehmen schlechter gestellt werden. Wir sind froh, dass wir hier Unterstützung von der LINKEN bekommen haben, die SPD war dazu leider nicht bereit. Von den Grünen haben wir auch eine positive Rückmeldung bekommen. Aber wir nehmen auch wahr, dass es an der Entscheidung nichts ändert. Der Oberbürgermeister hat eine Überprüfung der Pläne abgelehnt. Unserer Ansicht nach ist das falsch.

**Nach wie vor gibt es viele Kommunen, die unwirtschaftliche Krankenhäuser privatisieren. Auch für Cottbus wäre das keine neue Diskussion. Wie sind Ihre Erfahrungen mit privaten Klinikbetreibern?**

Die Krankenhauskonzerne, die Krankenhäuser übernehmen, sind immer auf Gewinn orientiert und machen das nicht für einen karikativen Zweck. Das funktioniert in der Regel nur, wenn sich Arbeitsbedingungen verschlechtern. Ein Beispiel aus unserer Region sind die Psychiatrischen Landeskliniken, die 2006 an den Asklepios-Konzern verkauft wurden.

Bevor wir dort einen Tarifvertrag durchsetzen konnten, hatten wir es mit vielen Leiharbeitskräften und unsicheren Jobs zu tun. Was nicht gut ist für die Beschäftigten, ist am Ende auch nicht gut für die Patienten. Deshalb gehören Krankenhäuser grundsätzlich in öffentliche Hand.

*Das vollständige Gespräch finden Sie auf [www.dielinke-lausitz.de](http://www.dielinke-lausitz.de)*

## Glyphosat in aller Munde

In den vergangenen Monaten wurde bundesweit viel über die Zulassungsverlängerung des Unkrautvernichtungsmittels Glyphosat diskutiert. Das Mittel steht im Verdacht, krebserregend zu sein. Die bisherige Bundesregierung zeigte sich zu dieser Frage inkonsequent.

Die Linksfraktion im Cottbuser Stadtparlament nutzt ihr Recht, Anfragen an die Verwaltung zu stellen, um herauszufinden, ob Glyphosat auf landwirtschaftlichen Flächen der Stadt

eingesetzt wird und welche Regeln es bezüglich der Verwendung in Kleingärten gibt. Zwar kann Cottbus diese Chemikalie nicht „aus dem Verkehr ziehen“, aber zumindest die Verwendung auf dem eigenen Gebiet einschränken. Herzu sollen Möglichkeiten geprüft werden.

## Tourismus stärken

In einer Anfrage hat die Fraktion DIE LINKE bereits im September 2017 die Erarbeitung eines Tourismuskonzepts für die Stadt Cottbus angeregt.

Die Stadtverwaltung wies in ihrer Antwort darauf hin, dass der Tourismus eine zunehmende Bedeutung für die Wertschöpfung und den Arbeitsmarkt in Cottbus haben wird.

Die Erarbeitung eines Tourismuskonzepts lehnte sie jedoch mit Verweis auf die „drohende Kreisgebietsreform“ vorerst ab. Somit ist der Tourismus eine von vielen liegengelassenen Aufgaben. In der Stadtverordnetenversammlung im Januar erneuerte die Fraktion ihre Aufforderung hinsichtlich eines schlüssigen Tourismuskonzepts unter Einbeziehung des Cottbuser Umlands. Die Verwaltung steht nun in der Pflicht zu liefern.

**DIE LINKE.**  
**hilft!**

### Anträge, Ämterbegleitung und Informationen im sozialen Bereich

Briefe von Behörden können für viele Menschen sehr unverständlich formuliert sein, Forderungen kann man oft kaum nachvollziehen und jeder Besuch beim Jobcenter oder einer anderen Behörde können bereits viele Tage vorher schlaflose Nächte bedeuten.

An wen kann man ich mich wenden? Wer versteht meine Probleme? Mit wem kann ich vertrauensvoll reden? Bei den Linken ist das alles möglich, wir können nicht immer zur vollsten Zufriedenheit helfen, nicht jedes Problem lösen, aber wir haben trotzdem gute Erfolge im Kampf gegen soziale Ungerechtigkeit.

Wir hören zu, wir helfen bei Anträgen und bei Bedarf begleiten wir Sie zu den Behörden. Sie haben ein Recht auf diesen Beistand, SGB X §13 Abs. 4 ist hierfür die gesetzliche Grundlage.

Wer sind wir? Da sind Uwe Neuer und Birgit Mankour, wir beraten in Cottbus, Döbern, demnächst auch in Spremberg.

**Ich bin vorwiegend für den Cottbuser Bereich zuständig, einen Termin können Sie gern über unsere Cottbuser Geschäftsstelle in der Straße der Jugend 114, Tel. 0355 22 44 0, vereinbaren oder Ihre Telefonnummer hinterlegen, ich rufe sie zeitnah zurück.**

**Sollte sich das Problem nur mit Hilfe eines Juristen lösen lassen, vermitteln wir erfahrene Sozialrechtsanwälte und begleiten Sie auf Wunsch auch dorthin.**

Für langwierige und sich wiederholende Probleme im Sozialrecht bieten wir eine regelmäßige soziale Sprechstunde mit einem unserer Landtagsabgeordneten aus Sachsen an. Heiko Kosel ist Rechtsanwalt und hilft mit Ratschlägen und vermittelt u.U. die Unterstützung eines Standeskollegen.

In den nächsten Ausgaben werde ich Ihnen einige Fallbeispiele vorstellen, Sie können dabei feststellen, es gibt oft einen Weg aus der Misere den Sie nicht allein gehen müssen.

*Birgit Mankour,  
Sprecherin der AG Soziales Cottbus*

### „Links.Blick“-Abo

Verpassen Sie keine Ausgabe unserer Zeitung. Mit dem Abo bekommen Sie den „Links.Blick“ immer nach Hause geschickt. Hierfür bitten wir um eine Spende von 24,00 Euro im Jahr. Unsere Kontaktdaten finden Sie im Impressum.

### Ihre Meinung ist gefragt!

Gern können Sie sich mit Hinweisen und Leserbriefen an uns wenden. Interessante Lesermeinungen veröffentlichen wir auch in unserer nächsten Ausgabe. Senden Sie einfach eine E-Mail an: [linksblick@dielinke-lausitz.de](mailto:linksblick@dielinke-lausitz.de)

### Impressum

#### Herausgeber:

DIE LINKE. Lausitz, Ortsvorstand Cottbus  
03046 Cottbus, Straße der Jugend 114  
Telefon: (03 55) 2 24 40

V.i.S.d.P.: Eberhard Richter  
Redaktion: Christopher Neumann  
Layout/Satz: André Kaun

E-Mail: [info@dielinke-lausitz.de](mailto:info@dielinke-lausitz.de)  
homepage: [www.dielinke-lausitz.de](http://www.dielinke-lausitz.de)